

MATTHIAS MÜLLER

Greifswald

**DIE TRAUERKLEIDUNG ALS UMSTRITTENES STATUSSYMBOL  
IN SCHWEDISCH-POMMERN  
DAS BEISPIEL DER PLEUREUSEN IM 18. JAHRHUNDERT**

**Einleitung**

Im 18. Jahrhundert, dem Zeitalter der Aufklärung, stellten die „gebildeten Stände,“<sup>1</sup> zu denen auch die Verwaltungsbeamten gehörten, die traditionelle Ständeordnung in Frage. Aus ihrer Sicht hemmte die Privilegierung des Adels ohne vernünftige Begründung die soziale und ökonomische Entwicklung des entstehenden Staates.<sup>2</sup> Ihre Kritik richteten sie dabei nicht nur auf große politische und gesamtgesellschaftliche Belange, sondern hinterfragten auch die kleinen Vorteile des Alltags.

Eines dieser aus heutiger Perspektive unscheinbaren Privilegien war das Tragen von „Pleureusen“. Als Pleureusen bezeichnete man nach Zedlers Universallexikon „die Überschläge, weisse leinen Binden oder Striche, welche illustre, edele oder andere hohe Standes Personen und Bediente, bey tieffer Trauer, zu

---

<sup>1</sup> Konstituierendes Merkmal dieses „Standes“ war die gute Bildung, wodurch dessen Vertreter sich als „intellektuelle Aristokratie des Sachverständes fühlten“. H.E. Bödeker: *Die Gebildeten Stände im späten 18. Jahrhundert. Zugehörigkeiten und Abgrenzungen, Mentalitäten und Handlungspotentiale*, in: *Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert*, Hrsg. J. Kocka, Stuttgart 1989, S. 21–52, hier S. 51.

<sup>2</sup> G. Schmidt: *Wandel durch Vernunft. Deutsche Geschichte im 18. Jahrhundert*, München 2009; B. Stollberg-Rilinger: *Die Aufklärung. Europa im 18. Jahrhundert*, Stuttgart 2011.

äusserst um die Ärmel der Röcke und Westen zu tragen Pflegen.“<sup>3</sup> Abgeleitet vom französischen „pleurer“ (weinen, beweinen) handelte es sich um elegante schwarze oder weiße Spitzenmanschetten, die sowohl männlichen als auch weiblichen Standespersonen als Zeichen besonders tiefgehender Trauer vorbehalten blieben. Pleureusen durften bei obrigkeitlicher Strafandrohung nicht von Unbefugten getragen werden.

Dieser Beitrag wird den Fall eines Fiskalbeamten des schwedisch-pommerschen Hofgerichtes<sup>4</sup> analysieren, der dieses Privileg auf der Grundlage einer rationalen Argumentation anzweifelte. Dabei wird sich zeigen, dass es ihm nicht primär um einen angemessenen Ausdruck eines tief empfundenen Trauergefühls für jeden Menschen ging. Vielmehr reklamierte er das Privileg, Pleureusen anlegen zu dürfen, nur für nicht-adlige königliche Beamte fernab des königlichen Hofes, wie er einer war. Damit stellte er die Ständegesellschaft auch zu seinem eigenen Vorteil in Frage.

Das Gros der Quellenarbeit beruht auf einer bisher wenig beachteten Akte im Landesarchiv Greifswald aus dem Bestand „Schwedische Regierung Stralsund“. Die Akte enthält sowohl die Trauerordnungen von Schwedisch-Pommern von 1722, 1735 und 1751 als auch mehrere Schreiben eines „ungehorsamen“ Hofgerichtsbeamten an die schwedische Regierung in Stralsund sowie deren Reaktionen.<sup>5</sup> Zur besseren Beurteilung dieser Auseinandersetzung sollen andere ähnlich gelagerte Streitfälle in Schwedisch-Pommern und in anderen Territorien des Heiligen Römischen Reiches herangezogen werden. Begonnen wird allerdings mit einem Exkurs, in dem es darum geht, die grundsätzlichen Funktionen der Trauerkleidung sowie von Trauerordnungen herauszustellen.

<sup>3</sup> Zedlers Universal-Lexikon, Bd. 28, Halle/Leipzig 1741, Sp. 839.

<sup>4</sup> Das Hofgericht erfüllt die Funktion eines Königlichen Landgerichts, das im Namen des Königs für alle Einwohner Schwedisch-Pommerns Recht sprach. Vgl.: P. Gut: *Das Hofgericht in Greifswald in schwedischer und preußischer Zeit 1642–1849*, in: *Integration durch Recht. Das Wismarer Tribunal (1653–1806)*, Hrsg. N. Jörn, B. Diestelkamp, K.Ä. Modéer, Köln–Weimar–Wien 2003, S. 157–170, hier S. 165; M. Schoebel: *Das pommersche Hofgericht in der Gerichtsverfassung der schwedischen Reichsterritorien 1648–1815*, in: *Justitia in Pommern*, Hrsg. D. Alvermann, J. Regge, Münster 2004, S. 29–42.

<sup>5</sup> Landesarchiv Greifswald (La G), Rep. 10, Nr. 256. Die Trauerordnungen befinden sich auch in der Akte La G, Rep. 40 VI, Nr. 72/11.

## Funktionen der Trauerkleidung und der Trauerordnung

Dem französischen Historiker Philippe Ariès zufolge gab es im Hochmittelalter nach dem Tode eines nahen Angehörigen eine wilde Trauer mit eingängigen Verzweiflungsszenen, die den Trennungsschmerz der Angehörigen erträglich machten. Im 14. Jahrhundert entwickelten sich Erhabenheit und Selbstkontrolle zur Konvention, weshalb an die Stelle der expressiven Trauergesten die Trauerkleidung trat.<sup>6</sup> Somit drückte die Trauerkleidung den Verlustschmerz nach dem Tode eines nahestehenden Menschen aus. Der Kleidung oblag, neben dem praktischen Nutzen vor Wind und Wetter zu schützen, eine kommunikative Funktion: Zeitgenossen konnten aus der Kleidung Geschlecht, Alter, familiären und sozialen Stand herauslesen.<sup>7</sup> Ab dem Spätmittelalter war das Anlegen von bestimmter Kleidung im Allgemeinen sowie von Trauerkleidung im Speziellen ein Privileg der höheren Stände, welches nur langsam und etappenweise auf andere Gruppen überging, bevor es im späten 19. Jahrhundert der allgemeinen Bevölkerung offenstand.<sup>8</sup>

Bevor man individuell über seine Trauerkleidung entscheiden durfte, regelten über Jahrhunderte Trauerordnungen, wie sich die unterschiedlichen Stände nach einem Todesfall zu verhalten hatten. Allgemein handelt es sich bei Ordnungen und Erlassen um normative juristische Dokumente, die auf städtischer, Landes- und Reichsebene vom Spätmittelalter bis weit in die Frühe Neuzeit nahezu alle Lebensbereiche regelten.<sup>9</sup> Den Trauerordnungen lag, wie bei zahlreichen anderen reglementierenden Erlassen, das ständische Ordnungsmodell der vormodernen Gesellschaft zugrunde. Da soziale Unterschiede als gottgewollt begründet wurden, bestand eine gute gesellschaftliche Ordnung aus unterschiedlichen Ständen. Aufgabe der jeweiligen Obrigkeit war, für die Festsetzung und Einhaltung der Standesgrenzen zu sorgen. Daher hielten Trauerordnungen u.a. die angemessene Bekleidung für die jeweiligen Stände minutiös fest. Wer pompöser trauerte,

---

<sup>6</sup> Ph. Ariès: *Geschichte des Todes*, München 122009, S. 181–188, 207–211.

<sup>7</sup> N.N. Hoefler: *Schwermut und Schönheit. Als die Menschen Trauer trugen*, Düsseldorf 2010, S. 10; H.-J. Hoffmann: *Kleidersprache. Eine Psychologie der Illusionen in Kleidung, Mode und Maskerade*, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1985, S. 35.

<sup>8</sup> L. Taylor: *Mourning Dress. A costume and social history*, London 1984, S. 26–27.

<sup>9</sup> K. Härter, M. Stolleis: *Einleitung*, in: *Repertorium der Polizeyordnungen der Frühen Neuzeit*, Hrsg. K. Härter, M. Stolleis, Bd. 1, Frankfurt am Main 1996, S. 1–36.

als es seinem Stand zugebilligt wurde, gefährdete die gute gesellschaftliche Ordnung und widersetzte sich der obrigkeitlichen Autorität.<sup>10</sup>

Ferner stehen Trauerordnungen im Zusammenhang mit Luxus- und Aufwandsgesetzen. Die frühneuzeitlichen Obrigkeiten wollten einen zu ausschweifenden Lebensstil verhindern, der sich besonders zu Hochzeiten, Taufen und Begräbnissen manifestieren konnte. Es galt nicht nur eine gottgefällige Lebensführung zu sichern, sondern auch überdimensionierte Ausgaben für solche Feste zu begrenzen. Denn unverhältnismäßig aufwendige Feiern schaden der finanziellen Situation des Gastgebers und gefährdeten darüber hinaus die Zukunft seiner Familie und letzten Endes das Gemeinwohl.<sup>11</sup>

### **Die Trauerordnungen von Schwedisch-Pommern im 18. Jahrhundert**

Zum besseren Verständnis der politischen Rahmenbedingungen von Schwedisch-Pommern müssen einige grundlegende Bemerkungen zum historischen Kontext genügen. Nach dem Ende des Dreißigjährigen Krieges regelte der Westfälischen Frieden 1648 u. a. auch die territorialen Verhältnisse des Herzogtums Pommern. Während der östliche Teil Pommerns an Brandenburg fiel, erhielt Schweden den westlichen Teil, der alsdann Schwedisch-Pommern genannt wurde. Zwar verkleinerte sich der schwedische Besitz an Pommern, aber bis zum Wiener Kongress 1815 existierte das Herzogtum Schwedisch-Pommern mit der Stadt Stralsund als wirtschaftlichem und administrativem Zentrum.<sup>12</sup> Der westliche Teil Pommerns gehörte völkerrechtlich mehr als eineinhalb Jahrhunderte zu Schweden, verblieb aber lehnsrechtlich ein Teil des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation. Die schwedischen Könige huldigten dem deutschen Kaiser als Lehnsherrn, wofür sie Sitz und Stimme im deutschen Reichstag erhielten. Die Regierungsgeschäfte im Herzogtum lenkte ein vom schwedischen König eingesetzter Generalgouverneur.<sup>13</sup>

---

<sup>10</sup> A. Iseli: *Gute Policey. Öffentliche Ordnung in der Frühen Neuzeit*, Stuttgart 2009, S. 39–43.

<sup>11</sup> *Ibidem*, S. 37–39.

<sup>12</sup> Stralsund wurde erst nach der schwedischen Niederlage im Großen Nordischen Krieg das administrative Zentrum, als die Schweden u. a. Stettin (Szczecin) an Brandenburg-Preußen abtreten mussten. Vgl. H. Branig: *Geschichte Pommerns. Teil 2. Von 1648 bis zum Ende des 18. Jahrhunderts* (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Pommern), Köln–Weimar–Wien 2000.

<sup>13</sup> H. Backhaus: *Verfassung und Verwaltung Schwedisch-Pommerns*, in: *Unter der schwedischen Krone. Pommern nach dem Westfälischen Frieden*, Hrsg. I. Asmus, Greifswald 1998, S. 29–40.

Die jeweiligen Generalgouverneure Schwedisch-Pommerns erließen in den Jahren 1722 und 1735 zwei nahezu identische Trauerordnungen. Als Vertreter des schwedischen Königs intendierten sie mit den Reglements, allen unnötigen Überfluss zu verbieten. Dies geschah offiziell zum Wohle der Ritterschaft die sonst, so wurde befürchtet, gefährlich hohe Summen für die tiefe Trauer ausgeben würde.

Der Generalgouverneur schien die Ritterschaft allerdings nicht nur bevormunden zu wollen. Er reagierte vielmehr auf das Bedürfnis einiger Adligen selbst, dem sozialen Zwang zu pompöser Trauer Grenzen zu setzen. Denn in der Ordnung von 1735 hieß es, dass nach *gemeiner Beliebung* die Trauerkleidung für die *Domestiquen* (das Hauspersonal) abgeschafft werden sollte.<sup>14</sup> Wahrscheinlich war ein Großteil der Ritterschaft finanziell nicht in der Lage ihr Personal gleichzeitig mit angemessener Kleidung zu versehen.<sup>15</sup> Was bei ausreichend vorhandenem Geld das Sozialprestige der Trauernden erhöhte, weil sie es sich sogar leisten konnten ihren Trennungsschmerz zusätzlich bei den Dienstboten zu demonstrieren, drohte bei klammen Kassen eine monetäre Bürde zu werden. Ohne obrigkeitliche Regelung konnten sich Adlige aber auch nicht einfach für eine günstigere Variante entscheiden, wenn sie nicht an Prestige und Ehre gegenüber anderen einbüßen wollten. Es musste ein bindendes Gesetz erlassen werden, das die Trauer beschränkte. Damit spiegeln die Trauerordnung zu einem gewissen Grade auch die Bedürfnisse der Ritterschaft wider.

Des Weiteren definierten die Ordnungen genau, um welchen Familienangehörigen wie lange Trauer getragen werden sollte. Allgemein konnten nahe Verwandte länger betrauert werden als entfernte. Beispielsweise durften Kinder um ihre Eltern, Groß- und Schwiegereltern ein ganzes Jahr trauern, während für Geschwister, Onkel und Tanten lediglich drei Monate eingeräumt wurden. Anschließend legte die Ordnung präzise fest, welche Bekleidung während der Trauerzeit getragen werden durfte, deren Aufwand sich wiederum an Nähe des Verwandtschaftsverhältnisses bemaß.

Das Anlegen von Pleureusen regelten die Bestimmungen sehr genau. Nach den Ordnungen von 1722 und 1735 blieb es selbst den engsten Familienmitgliedern verboten, Pleureusen anzulegen: „Die Kinder betrauern ihre Eltern nicht

---

<sup>14</sup> La G, Rep. 10, Nr. 256, fol. 54 r.

<sup>15</sup> Der Große Nordische Krieg (1700–1721), unter dem Schwedisch-Pommern schwer zu leiden hatte, lag erst wenige Jahre zurück. Für eine Übersicht über den Kriegsverlauf und dessen Folgen vgl. J. Krüger: *Wolgast in der Asche: Ausgewählte Quellen zur Lustration der Stadt in der Dänenzeit (1715–1721)*, Greifswald 2007.

mit Boye noch mit genöpfften Zeuge, auch mit keinen Pleureusen, woll aber mit schlechtern Ratine und andern guten schwartzen Lacken.“<sup>16</sup> In der erneuerten Version von 1751 wird dagegen bereits in der Einleitung des Gesetzestextes auf die Änderung aufmerksam gemacht. Es werde dem „Gebrauch der Pleureusen nachgegeben,“<sup>17</sup> da die königliche Regierung verstärkt diesbezügliche Gesuche erhalten hatte. Konkret bedeutete diese Änderung, dass Adlige lediglich in der tiefsten Trauer Pleureusen tragen durften: „Die Kinder betrauern ihre Eltern nicht mit Boye noch mit genöpfften Zeuge, wol aber mit Pleureusen, und mit scheuchten Ratine und andern guten schwartzen Lacken,“<sup>18</sup> lautete der entscheidende Paragraph.

Erneut hatte die Ritterschaft erfolgreich auf den Generalgouverneur eingewirkt. War 1735 noch eine weitere Beschränkung hinzugekommen, gestattete die Ordnung von 1751 das Anlegen eines neuen modischen Trauerzeichens. Dieser Spitzensaum für die Rockärmel, dessen Geldwert im Verhältnis zur restlichen Bekleidung sicherlich marginal war, gefährdete dabei keineswegs das finanzielle Wohl der Adelsfamilie. Das soziale Prestige erhöhte sich mit dem Anlegen von Pleureusen dafür umso deutlicher, weswegen es dem Interesse des Adels diene, diese im Unterschied zu anderen Ständen tragen zu dürfen.<sup>19</sup>

Die Trauerordnungen schlossen mit einem Appell an die adligen Untertanen, sich an das Reglement zu halten. Im Falle eines Verstoßes drohte eine Geldstrafe zwischen 50 und 500 Reichstalern (Rthlr.). Dieser Betrag entsprach im Verhältnis zu den Gehältern einer empfindlichen Strafe. Zwar gab es sehr gut bezahlte Amtsträger wie den Generalgouverneur, der mit 6000 Rthlr. jährlich entlohnt wurde.<sup>20</sup> Aber ein Fiskal beim Wismarer Tribunal verdiente zwischen 1750 und

<sup>16</sup> La G, Rep. 10, Nr. 256, fol. 54 v.

<sup>17</sup> Ibidem, fol. 56 r.

<sup>18</sup> Ibidem, fol. 56 v.

<sup>19</sup> Die Trauerordnungen von Schwedisch-Pommern entsprechen nicht vollständig Gerhard Oestreichs These der Sozialdisziplinierung. Vielmehr gab es, Lothar Schilling folgend, gegenüber der Obrigkeit auch eine gewisse Erwartungshaltung und Nachfrage. Vgl. bspw. G. Oestreich: *Policey und Prudentia Civilis in der barocken Gesellschaft von Stadt und Staat*, in: idem: *Strukturprobleme in der Frühen Neuzeit*, Berlin 1980, S. 367–379; Lo. Schilling: *Normsetzung in der Krise. Zum Gesetzgebungsverständnis im Frankreich der Religionskriege*, Frankfurt am Main 2005, S. 417–445.

<sup>20</sup> D.A. Rabuzzi: *At Home in the Market: Stralsund Merchants and their Families, 1740–1830*, Diss. phil, Baltimore 1996, S. 434.

1778 nur 300 Rthlr. pro Jahr, während ein einfacher Pedell im gleichen Zeitraum lediglich 80 Rthlr. erhielt.<sup>21</sup>

Als Verantwortlicher für die Exekution der Strafe benannte das Reglement den sogenannten *Advocatus fisci*. Dabei handelte es sich um einen Fiskalbeamten des Hofgerichts in Schwedisch-Pommern, das in Greifswald seinen Sitz hatte. Der Beamte sollte Anklagen entgegennehmen, die die staatlichen und monarchischen Vorrechte betrafen, und diesbezügliche Untersuchungen leiten. So wie der Direktor, der Protonotar und die Assessoren ernannte der König die Fiskalbeamten.<sup>22</sup>

Noch im Jahre 1751 schrieb der *Advocatus fisci* an die schwedische Regierung in Stralsund, dass es jetzt zwar der Ritterschaft gestattet sei, Pleureusen zu tragen. Allerdings werde dieses Accessoire der Trauerkleidung für die Personen bürgerlichen Standes, soweit er wisse, in keinem Gesetz verboten. Daher fragte er, ob auch Bürgerliche Pleureusen tragen dürften.<sup>23</sup> Diese Anfrage war einem aktuellen Ereignis geschuldet. Der schwedische König Friedrich verstarb im Jahre 1751, weshalb eine allgemeine Landstrauer verkündet wurde. Eine Landstrauer stand auf gleicher Stufe mit der tiefen Trauer um einen nahen Verwandten und galt für Adel und Bürgertum gleichermaßen. Da die Bekanntmachung der neuen Trauerordnung mit der Landstrauer zusammenfiel, kann vermutet werden, dass auf der Grundlage des nun geltenden Gesetzes Beschwerden des Adels beim Hofgericht eingingen. Wahrscheinlich hatten Adlige Pleureusen bei Bürgerlichen gesehen und das als einen Verstoß gegen ihr Privileg gewertet. Der Fiskal des Hofgerichtes musste also reagieren, wusste allerdings nicht gegen welches Gesetz die Bürgerlichen verstoßen hatten.

Auf der Versammlung der Landstände im selben Jahr verhandelte man dieses Thema und beschloss, dass Ritterschaft und Städte separate Erklärungen abgeben sollten. Es scheint lediglich die Erklärung der Ritterschaft erhalten zu sein, deren Argumentation dafür einleuchtend ist. Bis zur Ordnung von 1751 war es allen verboten Pleureusen anzulegen; dann wurde es nur der Ritterschaft erlaubt. Außerdem argumentierte sie: „Es ist auch zur genüge bekannt, daß überall im gantzen Teutschen Reiche, nur denen vornehmen Hof-Officianten, bey *Fürstlichen*

---

<sup>21</sup> *Servorum Dei Gaudium*. Das ist Treuer Gottes Knechte Freuden=Lohn. Lebensbeschreibungen aus dem Umfeld des Wismarer Tribunals, hrsg. von Nils Jörn, Greifswald 2003, S. 375.

<sup>22</sup> P. Gut: *Das Hofgericht in Greifswald...*, S. 170–171 (wie Anm. 4).

<sup>23</sup> Diese Anfrage ist nicht mit einem Namen, sondern nur mit *Advocatus Fisci* unterschrieben. La G, Rep. 10, Nr. 256, fol. 58 r–59 v.

Höffen, und denen Adlichen Personen, die Anlegung der Pleureusen, als eine besondere Distinction, erlaubtet.“<sup>24</sup> Die Ritterschaft verortete sich in der Tradition des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation, wo das Tragen von Pleureusen, wie unten noch belegt wird, ein deutlich adliges Trauerzeichen darstellte.

### Der Streit um die Pleureusen in Schwedisch-Pommern

In den nächsten drei Dekaden finden sich keine weiteren Spuren über Streitigkeiten zu diesem Thema. Doch im Jahre 1782 ging erneut eine Anfrage eines Fiskalbeamten namens Bützow bei der schwedischen Regierung in Stralsund ein. Laut der Subskribentenliste für die „Schwedischpommersche Staatskunde“ von 1786 gab es einen „Herrn B.E. Bützow“, der Fiskal beim königlichen Hofgericht war.<sup>25</sup> Sollte es sich hier um dieselbe Person handeln, dann war Bützow nicht adlig. Dies würde sich damit decken, dass die Fiskalbeamten des Hofgerichts zumeist nicht von Adel waren. Bützows Anfrage stand also sowohl vor einem arbeitsbezogenen als auch einem persönlichen Hintergrund. Als Person mit bürgerlichem Status durfte er keine Pleureusen zur Landestrauer anlegen, obwohl es ihm nirgends explizit verboten war.

Dass eine erneute Anfrage zum Anlegen der Pleureusen gerade 1782 gestellt wurde, war kein Zufall. In diesem Jahr verstarb die Witwe des früheren schwedischen Königs Friedrich Adolf, Luise Ulrike, woraufhin eine Landestrauer ausgerufen wurde. Fiskal Bützow musste sich nun fragen, ob nur der Adel Pleureusen tragen durfte und sandte daraufhin die erwähnte Anfrage an die Regierung. Zuvor hatte er allerdings die Anordnung des Hofgerichts erhalten, gegen bürgerliche Personen, die sich nicht standesgemäße Trauerkleidung anlegten, ein Strafgeld in Höhe von 50 Reichthalern auszusprechen und dieses Urteil auch zu vollstrecken. Das bedeutet, Bützow hatte sich dieser Anordnung widersetzt. Seine Begründung für den Ungehorsam ist deutlich ausführlicher als noch bei seinem Kollegen in den 1750er Jahren. Er könne, so der Fiskalbeamte, die eingegangenen Klagen nicht bearbeiten, da „keine gesetzlichen Vorschriften vorhanden“<sup>26</sup> seien, die Bürgerlichen das Anlegen der Pleureusen verböten. Zudem sei es dem Adel laut der

<sup>24</sup> Ibidem, fol. 60 r–60 v.

<sup>25</sup> T.H. Gadebusch: *Schwedischpommersche Staatskunde*, erster Theil, Greifswald 1786. Das „Verzeichnis der Herren Subskribenten“ befindet sich in alphabetischer Ordnung auf den unpaginierten Seiten nach dem Vorwort.

<sup>26</sup> La G, Rep. 10, Nr. 256, fol. 63 r.



Verordnung von 1751 auch nur bei Trauerfällen innerhalb der Familie erlaubt, dieses Trauerzeichen anzulegen. Der schwedische König habe eine allgemeine Landestrauer angeordnet, ohne dabei zu spezifizieren, wie dabei getrauert werden dürfe, weil jeder selbst über die Art und Weise entscheiden solle.

„Ist nun durch die Mode es eingeführet, daß pleureusen die Trauer releviren [erleichtern], so haben die königl. Beamte[n] auch nicht anders glauben können, denn durch Anlegung der pleureusen dieser Mode folgen zu dürfen, ohne daß Ihnen solche Tragung zum Vorwurf gereichen könnte, da Sie in öffentlichen Bedienungungen stehen, und gewissermaßen näheren Antheil an der Trauer haben, als andere privat Personen. So ergeben es auch die Beyspiele voriger Zeiten, daß deren in königl. Bedienung stehende das pleureusen tragen nicht untersaget worden, vielmehr Ihnen so, wie den Collegii selbst zu tragen, unverwehret gewesen. Ja selbst in Stockholm und wo der köngl. Hof residiret [ist es erlaubt], sich der pleureusen zu bedienen, welches gewiß Ihnen nicht verstattet werden würde, wenn es einem Stande für [vor] dem andern nur zuständig wäre.“<sup>27</sup>

Mit anderen Worten behauptete Bützow, dass es gerade Bedienten des Königs erlaubt sei, die aktuell modischen Pleureusen zu tragen. Trauer sei etwas Individuelles, weshalb die persönliche Verbundenheit zum Toten und nicht der Stand über die Art der Ehrerweisung entscheiden solle. Anders als die Ritterschaft, die eine Tradition des Heiligen Römischen Reiches anführte, betonte der Beamte seine Nähe zum schwedischen Hof.

Pleureusen blieben im Zeitalter der Aufklärung dem Adel und ausgewählten hofnahen Bediensteten als modisches Trauerzeichen für besondere Anlässe vorbehalten. Es lässt sich vor allem für die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts belegen, dass die Trauerkleidung zu einem Modegegenstand geworden war. In dem ersten Jahrgang des „Journal der Moden“ finden sich gleich drei Artikel, die dieses Thema behandeln. Darin wird hervorgehoben, wie wichtig eine modisch angemessene Trauer sei. „Aber schöne Damen bedenken Sie wie gut Trauer kleidet! und Sie meine Herren, welche trefliche Erbschaft werden Sie bey ihrer nächsten Trauer thun.“<sup>28</sup> Ein anderer Kommentator wird noch deutlicher:

„Man trauert hier [am Pariser Hof] sehr gern, weil die Trauer, zumal jetzt, da sie so sehr nach Geschmacke modifizirt ist, einer Menge Weibern, die gern

---

<sup>27</sup> Ibidem, fol. 63 v–64 r.

<sup>28</sup> „Journal der Moden“, November 1786, S. 400.

gefallen wollen, sehr gut steht, und für Männer und junge Herren, die gern den bon-ton affeektieren, bequem und ökonomisch ist.“<sup>29</sup>

Aspekte wie Geschmack, Schönheit und wirtschaftlicher Vorteil traten besonders für Parvenüs verstärkt in den Vordergrund der Trauer.<sup>30</sup> Doch aus den Beiträgen geht nicht hervor, dass die standesgemäße Etikette gelockert worden wäre. Vielmehr „gehört wirklich ein eigenes Studium dazu um es [das Trauerritual] zu kennen“.<sup>31</sup> Dementsprechend ausführlich beschreiben die Journale die „korrekte“ Trauerkleidung für die einzelnen Stände.<sup>32</sup>

Dem Fiskal war die abgrenzende kommunikative Funktion der Pleureusen nicht entgangen. Sobald man dieses Trauerzeichen anlegte, vermittelte man einen gewissen Stand, mit dem hohes Sozialprestige einherging. Doch für ein Verbot gegenüber den bürgerlichen Beamten gab es keine rationalen Argumente, da beispielsweise der Preis von Pleureusen im Verhältnis zur sonstigen Trauerkleidung nicht entscheidend war. Es ist wohl ausgeschlossen, dass sich ein Fiskal durch diesen zusätzlichen Kauf hätte ruinieren können. Der Beamte beanspruchte ein Distinktionszeichen aufgrund seiner Funktion im Verwaltungssystem – er sah sich als hofnaher Bediensteter – und nicht aufgrund seiner Geburt, was dem aufkommenden Leistungsprinzip der Aufklärung entsprach. Damit hinterfragte er im Bereich der Trauer die geltende gesellschaftliche Ordnung, die auf adligen Privilegien beruhte.

Die schwedische Regierung in Stralsund versuchte erst gar nicht, die Gesetzgebung rational zu erklären und beauftragte den *Advocatus fisci* lediglich, das Urteil zu vollstrecken und die Strafe von jeweils 50 Rthlr. einzutreiben. Nachdem sich der Fiskal dem Befehl widersetzte und seine Arbeit nicht ordnungsgemäß verrichtete,<sup>33</sup> verhängte die Regierung eine Strafe von 50 Rthlr. gegen Bützow. Dieser glaubte sich immer noch im Recht und trug in einem weiteren Schreiben an die Regierung seinen Einwand vor. Darin wiederholte er die oben aufgeführten Argumente und fügte hinzu, dass 1771 bei der Landestrauer um Friedrich Adolf Pleureusen auch von Bürgerlichen getragen wurden und dass dies niemanden ge-

<sup>29</sup> „Journal der Moden“, August 1786, S. 272–273.

<sup>30</sup> *In Paris macht jezt Alles was nur ein wenig von feiner Welt sey will, jede Hof-Trauer mit*. „Journal der Moden“, Juni 1786, S. 225.

<sup>31</sup> *Ibidem*, S. 226.

<sup>32</sup> Beispielsweise wird die preußische Landestrauer von 1786 detailliert beschrieben: *ibidem*, S. 400–408.

<sup>33</sup> Dies geht aus einem Schreiben des Direktors der Hofgerichts an die schwedische Regierung hervor. La G, Rep. 10, Nr. 256, fol. 78 r–81 v.

stört habe. Zudem trauern alle Leute gleich, weshalb man keine Unterschiede in der Kleidung vorschreiben müsse.<sup>34</sup>

Da es weiterhin zu keiner Umsetzung der Anweisung kam, leitete der Hofgerichtsbeamte den Fall nach Wismar, zum höchsten Gericht in Schwedisch-Pommern. Leider konnten diese Briefe im Wismarer Stadtarchiv nicht ausfindig gemacht werden. Aus der Greifswalder Akte geht aber hervor, dass das Gericht gegen den Fiskal entschied. Er musste sich für sein ungebührliches Verhalten entschuldigen und darüber hinaus jegliche Pleureusen-Verstöße bestrafen. Offenbar beugte sich Bützow diesem Urteil und seine Dienstherrn nahmen die Entschuldigung an, da er noch 1786 im Amt war.

Als Konsequenz der geschilderten Ereignisse baten Ritterschaft und Städte Anfang Juli 1784 darum, explizit ausschließlich ihrem Stand das Anlegen von Pleureusen zu erlauben. Denn es könne der Regierung „bei der letzten allgemeinen Landes Trauer wohl nicht entgangen seyn, wie sehr das Pleureusen Tragen übertrieben worden, und daß mancher, dem es doch auf keine Weise zukommen können, sich dazu befugt erachten wollen“.<sup>35</sup>

Am 16. Juli 1784 erließ die schwedische Regierung in Stralsund ein entsprechendes Patent. Darin hieß es nun deutlicher, „daß bloß diejenigen, die von Adel sind, und Königl. Vollmachten besitzen, oder auch sonst in der Rang-Ordnung stehen, zu dem Tragen der Pleureusen befugt seien“. Dagegen sollten sich alle anderen Personen „dessen bey Fiscalischer Bestrafung enthalten.“<sup>36</sup>

### **Exkurs: der Fall Stralsund**

Bützows aufgeklärte Argumentation konnte sich nicht gegen die ständische Ordnung durchsetzen. Doch auch mit städtischen Regelungen wurde versucht, die Ständeordnung zu festigen.<sup>37</sup> In Wismar und Stralsund führte die angemessene Trauer ebenfalls zu Auseinandersetzungen. Während vor dem Wismarer Tribunal eine Frau in letzter Instanz 1739 zu einer Strafzahlung von 25 Rthlr. wegen

---

<sup>34</sup> Ibidem, fol. 66 r–76 v.

<sup>35</sup> Ibidem, fol. 112 r.

<sup>36</sup> *Sammlung gemeiner und besonderer Pommerscher und Rügischer Landes-Urkunden Gesetze, Privilegien, Verträge, Constitutionen und Nachrichten*, 2. Bd., hg. v. J.C. Dähnert, Stralsund 1786, S. 394.

<sup>37</sup> Vgl. zu Hamburg: G. Jaacks: „Eitler Pomp“ oder „Hamburger Anstand“? *Zu Kleidungs-sitten im hamburgischen Toten- und Trauerbrauchtum des 17. und 18. Jahrhunderts*, „Beiträge zur Deutschen Volks- und Altertumskunde“ 24 (1985), S. 19–30.

des unerlaubten Anlegens von Pleureusen verurteilt wurde,<sup>38</sup> handelt es sich beim Stralsunder Fall um einen Streit zwischen zwei städtischen Gremien.<sup>39</sup> Das Hundertkollegium und der Stadtrat diskutierten zwei Jahre über den Sinn und Unsinn einer Trauerordnung.<sup>40</sup>

Das Hundertkollegium, die Interessenvertretung der Bürgerschaft, wandte sich 1790 an den Rat, damit dieser die städtische Trauerordnung ganz aufhebe. Sie kritisierten besonders das reglementierte Anlegen von schwarzer Trauerkleidung als einen leeren Brauch mit geringem Nutzen, der bei einigen Familien für erhebliche finanzielle Belastungen Sorge. Zudem fließe viel Geld ins Ausland ab, weil die vorgegebenen Stoffe dort erworben werden müssten.<sup>41</sup>

Der Rat kam dem Kollegium insofern entgegen, als dass er in der Trauerordnung von 1792 festhielt, in welcher Pracht die Hinterbliebenen höchstens trauern duften. Ausdrücklich war den Trauernden allerdings freigestellt, ob sie die Vorschrift genau einhielten oder weniger aufwendig trauerten. Zudem wurde bezüglich der Kleidung nicht zwischen den unterschiedlichen Bürgergraden unterschieden. Lediglich die Straf gelder waren den Ständen angemessen. Während der erste Stand 25 Rthlr. bei Übertretungen zu zahlen hatte, war das Ordnungsgeld für den zweiten nur 15 und für den dritten 10 Rthlr. Die städtische Regelung sparte explizit die Landestrauer aus, da diese von höherer Stelle aus reguliert werde.<sup>42</sup>

Die Beschränkung der Trauerbekleidung in Stralsund blieb, wie dieser Exkurs verdeutlicht, auch am Ende des 18. Jahrhundert ein bedeutendes Thema, das eine offizielle Verordnung verlangte. In anderen gesellschaftlichen Bereichen hatten sich Ordnungen lediglich als Relikte der Vergangenheit überlebt.<sup>43</sup> Doch gerade in Trauerangelegenheiten bestand noch immer Regelungsbedarf.

<sup>38</sup> Stadtarchiv Wismar, Prozessakten des Tribunals, Nr. 3209.

<sup>39</sup> Weder in städtischen Kleiderordnung von Stralsund aus dem Jahre 1729 noch in der Trauerordnung von 1792 werden Pleureusen direkt erwähnt.

<sup>40</sup> Zu der Verfassung, Verwaltung und politischen Teilhabe in Stralsund vgl.: S. Kroll: *Stadtgesellschaft und Krieg. Sozialstruktur, Bevölkerung und Wirtschaft in Stralsund und Stadt 1700–1715* (Göttinger Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 18), Göttingen 1997, S. 120–131.

<sup>41</sup> Stralsunder Stadtarchiv, Rep. 18, Nr. 123.

<sup>42</sup> Verordnungen aus: *Sammlung gemeiner und besonderer Pommerscher und Rügischer Landes-Urkunden, Gesetze, Privilegien, Verträge, Constitutionen und Nachrichten*, hg. v. J.C. Dähnert, fortgesetzt von G. von Klinckowström, Bd. 3, Stralsund 1799, S. 75–77.

<sup>43</sup> Die Verordnung zu Hochzeiten, Kindstauen und Beerdigungen von 1729 wurde in die Urkundensammlung von 1799 noch auszugsweise aufgenommen. Zu dieser machte der Herausgeber allerdings folgende Bemerkung: „Wenn gleich diese ganze Ordnung eigentlich nicht mehr in Observanz ist...“ *ibidem*, S. 60.

### **Pleureusen ausserhalb von Schwedisch-Pommern**

Nicht nur in Schwedisch-Pommern, sondern auch in anderen Teilen des Reiches kam es zu Regelungen und mitunter heftigen Konfrontationen bezüglich der Trauerkleidung. Im Herzogtum Mecklenburg erregte, wie der Historiker Michael Busch darlegt, ein ähnlich gelagerter Streitfall Aufmerksamkeit. Dort gelangte nämlich eine Verordnung von 1750 nach dem Tode Herzogs Friedrichs im Jahre 1785 zur Anwendung. Diese unterschied zwischen den Räten von Geburtsadel und solchen von persönlichem Adel. Lediglich ersteren war es gestattet, Pleureusen zu tragen. Der Assessor des Land- und Hofgerichts schien dadurch besonders in seiner Ehre gekränkt gewesen zu sein, da er ein Schreiben an seinen Herzog verfasste, in dem die zufällige Bevorzugung des Geburtsadels kritisierte. Herzog Friedrich Franz antwortete, indem er den aufmüpfigen Beamten aufforderte, sich zu entschuldigen.

Eine neue Qualität erhielt die Auseinandersetzung als sowohl die Eingabe des Beamten als auch das Antwortschreiben des Herzogs in A.L. von Schlözers „Staatsanzeigen“, einem der bedeutendsten politischen Organe der Spätaufklärung, publiziert wurden. Damit verschaffte sich der Beamte auch außerhalb der Grenzen des Herzogtums Gehör. Es folgte ein mehrere Jahre andauernder Streit, der letztlich nichts mehr mit der angemessenen Landestrauer, sondern vielmehr mit den Privilegien des Geburtsadels zu tun hatte.<sup>44</sup>

In Preußen gab es hofnah eine klare Unterscheidung zwischen adligen und nicht-adligen Personen anhand der Pleureusen, wie das Reglement zur Trauer um Friedrich den Großen 1786 vorsah. Darin wurde deutlich festgelegt: „Die inländischen Ministri und sämtliche von Adel tragen schwarze Kleider von ordinärem Tuch mit drey Knöpfen, mit Pleureusen am Rockärmel. Dagegen hieß es weiter: Alle diejenigen, die in Sr. Königlichen Majestät Diensten und nicht von Adel sind, werden zwar auf gleiche Weise schwarz gekleidet sein, allein keine Pleureusen tragen“.<sup>45</sup>

---

<sup>44</sup> Ausführlich zu diesem Streit: Michael Busch, *Die Distinktion der Pleureusen. Auseinandersetzungen um adlige Vorrechte im Mecklenburg der Aufklärung*, in: *Adel in Mecklenburg*, Hrsg. W. Karge (Wissenschaftliche Beiträge der Stiftung Mecklenburg, Bd. 3), Rostock 2013, S. 106–132.

<sup>45</sup> *Sammlung Preußischer Gesetze und Verordnungen*, 4. Bd., hg. v. C.L.H. Rabe, Halle-Berlin 1817, S. 291–293.

### Schlussbetrachtung

Ein scheinbar nebensächliches Detail der Landestrauer erregte die Gemüter in Schwedisch-Pommern. Aber in einer Zeit, in der Trauerordnungen immer noch gefordert und erlassen wurden, stellten die sogenannten Pleureusen mehr als nur ein Stück Stoff am Rockärmel dar. Vielmehr waren sie ein anerkanntes Distinktionszeichen, das der Umwelt kommunizierte, dass dessen Träger oder Trägerin adliger Herkunft war oder zumindest dem königlichen Hofe sehr nah stand.

Für den pommerschen Adel und den Generalgouverneur stellten Pleureusen ein ideales Distinktionszeichen dar, weil diese im Verhältnis zur restlichen Trauerkleidung ein günstiges Accessoire waren. Somit erfüllte das Reglement seine Aufgabe, ruinöse Ausgaben des Adels zu beschränken und gleichzeitig dem Adel ein besonderes Kleiderprivileg während der Trauer zu garantieren. Darüber hinaus waren Pleureusen auch an anderen Höfen, wie beispielsweise in Paris oder auch in anderen Teilen des Heiligen Römischen Reichs *en vogue* und kommunizierten daher auch Modebewusstsein und Geschmack. Es ist interessant festzuhalten, dass sich Trauerordnungen im Vergleich zur übrigen restriktiven Aufwandsgesetzgebung als besonders haltbar erwiesen. Während beispielsweise traditionelle Hochzeits-, Tauf- und Kleiderordnungen bereits als veraltet galten, schrieb man den obrigkeitlichen Trauerregelungen immer noch eine zentrale Bedeutung zu.

Die Trauerordnungen in Schwedisch-Pommern, die die angemessene Trauerkleidung des Adels definierten, schafften keine Klarheit über die Vorschriften bei anderen Ständen. Das war vielerorts anders wie beispielsweise in Preußen. Dort war für im Dienst des Königs stehende Beamte ganz klar geregelt, wer Pleureusen bei der Landestrauer tragen durfte und wer nicht. In der schwedisch-pommerschen Gesetzgebung blieb dieser Punkt eine Sache der Interpretation. Der Fiskalbeamte Bützow, dessen Aufgabe es war, nicht standesgemäße Trauer zu bestrafen, nutzte diesen Interpretationsspielraum, indem er versuchte, rationale Argumente für die Ausweitung des Privilegs auf die Beamten zu erwirken. Es war also nicht sein Ziel, eine generelle Aufhebung der Beschränkung zu erreichen, sondern das Privileg auf seinen eigenen Stand auszuweiten. Denn als nicht adliger Beamter in schwedischen Diensten hatte er bei seiner Argumentation nicht zuletzt sich selbst im Blick.

Bützows Verhalten ist idealtypisch für die „gebildeten Stände“, die die gesellschaftliche Ordnung mit vernünftigen Argumenten begründen wollten.

Gleichzeitig war ihnen aber nicht an einem radikalem Wandel gelegen, sondern vielmehr ein einer Verschiebung der Ständegesellschaft zu ihren Gunsten. Als wichtiger Teil der Verwaltung wollten auch sie von Privilegien Gebrauch machen dürfen. Die Tatsache, dass Bützow nicht Recht bekam und sich gar für sein Verhalten entschuldigen musste, verdeutlicht, wie intakt die traditionelle Ständeordnung in Schwedisch-Pommern auch noch am Ende des 18. Jahrhunderts blieb.





MATTHIAS MÜLLER

Tłumaczenie *Katarzyna Szlandarska*

**STRÓJ ŻAŁOBNY  
JAKO KONTROWERSYJNY SYMBOL STATUSU  
NA POMORZU SZWEDZKIM  
PRZYKŁAD PLEREZ W XVIII WIEKU**

**Wstęp**

W XVIII wieku – epoce oświecenia, „warstwy wykształcone”<sup>1</sup>, do których należeli również urzędnicy administracyjni, zakwestionowały tradycyjny porządek klasowy. Z ich perspektywy bezpodstawne uprzywilejowanie szlachty hamowało społeczny i ekonomiczny rozwój rodzącego się państwa<sup>2</sup>. Wyrażana przez nich krytyka dotyczyła nie tylko ważnych politycznych i ogólnospołecznych spraw, ale uwzględniała też niewielkie przywileje w życiu codziennym.

Jednym z tych, drobnych z dzisiejszego punktu widzenia, przywilejów było noszenie plerez (niem. *Plereusen*). Według encyklopedii Zedlera mianem plerez określano: „białe, płócienne przepaski lub obwódki, zwłaszcza wokół rękawów, które w głębokiej żałobie zwykli nosić dostojnicy, szlachta i inne osoby

---

<sup>1</sup> Istotną cechą tej „warstwy” było dobre wykształcenie, dzięki któremu jej przedstawiciele „czuli się intelektualną arystokracją”. H.E. Bödeker: *Die Gebildeten Stände im späten 18. Jahrhundert. Zugehörigkeiten und Abgrenzungen, Mentalitäten und Handlungspotentiale*, w: *Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert*, red. J. Kocka, Stuttgart 1989, s. 21–52, tu: s. 51.

<sup>2</sup> G. Schmidt: *Wandel durch Vernunft. Deutsche Geschichte im 18. Jahrhundert*, München 2009; B. Stollberg-Rilinger: *Die Aufklärung. Europa im 18. Jahrhundert*, Stuttgart 2011.

z wyższych klas, a także urzędnicy<sup>3</sup>. Pochodzący z języka francuskiego wyraz *pleurer* (plakać, opłakiwać) oznaczał eleganckie czarne lub białe mankiety koronkowe, których noszenie zastrzeżone było dla mężczyzn i kobiet z wyższych sfer jako oznaka szczególnie głębokiej żałoby. Plerez nie wolno było nosić osobom nieupoważnionym pod groźbą kary urzędowej.

W artykule przedstawiono przykład urzędnika skarbowego przy sądzie dworskim<sup>4</sup> na Pomorzu Szwedzkim, który na podstawie racjonalnej argumentacji podał w wątpliwość ten przywilej. Okazuje się także, że w pierwszym rządzie nie chodziło mu o to, żeby każdy człowiek miał możliwość odpowiedniego wyrażenia głęboko odczuwanego smutku. Domagał się raczej, aby przywilej nakładania plerez otrzymali także niewywodzący się ze szlachty urzędnicy królewscy urzędujący poza dworem królewskim, tacy jak on. Tym samym zakwestionował on zasadę społeczeństwa klasowego, również dla własnej korzyści.

*Gros* pracy źródłowej oparta jest na dotychczas mało zbadanych aktach z Archiwum Krajowego w Greifswaldzie z zasobów „Rząd szwedzki w Stralsundzie”. Akta te zawierają zarówno ustawy o żałobie z Pomorza Szwedzkiego z lat 1722, 1735 i 1751, jak i liczne pisma „nieposłusznego” urzędnika sądu dworskiego, skierowane do rządu szwedzkiego w Stralsundzie, a także odpowiedzi tegoż rządu<sup>5</sup>. W celu dokonania lepszej oceny tego sporu posłużymy się podobnymi przypadkami na Pomorzu Szwedzkim i na innych terenach Świętego Cesarstwa Rzymskiego. Zaczniemy jednak od ekskursu zarysowującego podstawowe funkcje ubioru żałobnego i ustaw żałobnych.

### Funkcje ubioru żałobnego i ustawy o żałobie

Według francuskiego historyka Philippe’a Arièsa, w późnym średniowieczu śmierć bliskiego krewnego opłakiwano, odgrywając dzikie sceny rozpacz, które miały uczynić znośnym ból rozstania. W XIV wieku regułą stały się podniosły

<sup>3</sup> J.H. Zedlers: *Universal-Lexikon*, t. 28, Halle–Leipzig 1741, szp. 839.

<sup>4</sup> Sąd dworski pełnił funkcję królewskiego sądu krajowego, który orzekał w imieniu króla w sprawach wszystkich mieszkańców Pomorza Szwedzkiego. Por. P. Gut: *Das Hofgericht in Greifswald in schwedischer und preußischer Zeit 1642–1849*, w: *Integration durch Recht. Das Wismarer Tribunal (1653–1806)*, red. N. Jörn, B. Diestelkamp, K.Ä. Modéer, Köln–Weimar–Wien 2003, s. 157–170, tu: s. 165; M. Schoebel: *Das pommersche Hofgericht in der Gerichtsverfassung der schwedischen Reichsterritorien 1648–1815*, w: *Justitia in Pommern*, red. D. Alvermann, J. Regge, Münster 2004, s. 29–42.

<sup>5</sup> Archiwum Krajowe w Greifswaldzie (La G), Rep. 10, nr 256. Ustawy o żałobie znajdują się też w aktach o sygnaturze La G, Rep. 40 VI, nr 72/11.

nastrój i samokontrola, dlatego ekspresyjne gesty zostały zastąpione przez ubiór żałobny<sup>6</sup>, który wyrażał ból po stracie bliskiego człowieka. Ubranie chroniło przed wiatrem i niepogodą, pełniło też funkcję komunikacyjną – współcześni mogli wyczytać z niego płęć, wiek oraz stan rodzinny i społeczny<sup>7</sup>. Od połowy XIII wieku zakładanie określonego ubioru, w tym wypadku żałobnego, było przywilejem wyższych klas społecznych, który powoli i stopniowo obejmował inne grupy, a w późnym wieku XIX zaczął przysługiwać ogółowi ludności<sup>8</sup>.

Zanim wolno było indywidualnie decydować o swoim stroju podczas żałoby, kwestię tę przez stulecia regulowały ustawy żałobne dotyczące zachowań różnych klas po śmierci człowieka. Ogólnie ujmując, ustawy i zarządzenia były normatywnymi dokumentami prawnymi, wskazującymi niemalże wszystkie dziedziny życia na płaszczyźnie miasta, kraju i całego cesarstwa od połowy XIII wieku do czasów nowożytnych<sup>9</sup>. U podstaw tych ustaw, tak jak w przypadku innych licznych zarządzeń regulujących różnorakie kwestie, leżał model porządku klasowego społeczeństwa przednowoczesnego. Jako że różnice społeczne uzasadniano wolą Boga, dobry porządek społeczny składał się z różnych stanów. Zadaniem ówczesnej władzy zwierzchniej było wyznaczenie granic klasowych i troska o ich nieprzekraczanie. Ustawy żałobne dlatego drobiazgowo określały m.in., jak miało wyglądać stosowne odzienie dla ówczesnych klas. Kto oplakiwał zmarłego bardziej uroczyście, niż to było dozwolone członkom jego klasy, ten zagrażał dobremu porządkowi społecznemu i sprzeciwiał się autorytetowi zwierzchników<sup>10</sup>.

Ustawy żałobne mają ponadto związek z przepisami o luksusie i wydatkach. Nowożytna władza zwierzchnia chciała zapobiec prowadzeniu zbyt rozrzutnego stylu życia, który mógł być manifestowany zwłaszcza podczas wesel, chrzcin i pogrzebów. Chodziło nie tylko o zapewnienie, by wieść życie, które podoba się Bogu, lecz także by ograniczyć nadmierne wydatki na takie uroczystości. Nieproporcjonalnie kosztowne świętowanie szkodziło bowiem sytuacji finansowej

<sup>6</sup> Ph. Ariès: *Geschichte des Todes*, München 2009, s. 181–188, 207–211.

<sup>7</sup> N.N. Hoefler: *Schwermut und Schönheit. Als die Menschen Trauer trugen*, Düsseldorf 2010, s. 10; H.-J. Hoffmann: *Kleidersprache. Eine Psychologie der Illusionen in Kleidung, Mode und Maskerade*, Frankfurt am Main–Berlin–Wien 1985, s. 35.

<sup>8</sup> L. Taylor: *Mourning Dress. A costume and social history*, London 1984, s. 26–27.

<sup>9</sup> K. Härter, M. Stolleis: *Wstęp*, w: *Repertorium der Polizeyordnungen der Frühen Neuzeit*, red. K. Härter, M. Stolleis, t. 1, Frankfurt am Main 1996, s. 1–36.

<sup>10</sup> A. Iseli: *Gute Policey. Öffentliche Ordnung in der Frühen Neuzeit*, Stuttgart 2009, s. 39–43.

gospodarza, a ponadto zagrażało przyszłości jego rodziny i koniec końców – dobru ogółu<sup>11</sup>.

### Ustawy żałobne na Pomorzu Szwedzkim w XVIII wieku

Dla lepszego zrozumienia tła politycznego na Pomorzu Szwedzkim musi wystarczyć kilka podstawowych uwag na temat ówczesnego kontekstu historycznego. Po zakończeniu wojny trzydziestoletniej pokój westfalski z 1648 roku ustalił także warunki terytorialne Księstwa Pomorskiego. Podczas gdy wschodnia część Pomorza przypadła Brandenburgii, Szwecja otrzymała część zachodnią, którą później nazwano Pomorzem Szwedzkim. Wprawdzie okrojono szwedzkie posiadłości na Pomorzu, ale aż do kongresu wiedeńskiego w 1815 roku istniało księstwo Pomorze Szwedzkie z miastem Stralsund jako centrum gospodarczym i administracyjnym<sup>12</sup>. Zachodnia część Pomorza należała zgodnie z prawem międzynarodowym przez ponad półtora wieku do Szwecji, jednak na podstawie prawa lennego pozostawała częścią Świętego Cesarstwa Rzymskiego Narodu Niemieckiego. Szwedzcy królowie oddawali hołd cesarzowi niemieckiemu jako feudałowi, w zamian za co otrzymali prawo zasiadania i głosowania w Sejmie Rzeszy. Zadaniami rządu w księstwie kierował gubernator generalny, ustanowiony przez króla szwedzkiego<sup>13</sup>.

Ówcześni gubernatorzy generalni na Pomorzu Szwedzkim wydali w latach 1722 i 1735 dwie niemalże identyczne ustawy żałobne. Jako przedstawiciele króla szwedzkiego zamierzali za pomocą tych przepisów zakazać nadmiernych wydatków. Oficjalnie miało się tak stać dla dobra rycerstwa, które w przeciwnym razie, jak się obawiano, wydawałoby niebezpiecznie wysokie kwoty na obchodzenie żałoby.

Gubernator generalny chciał jednakże nie tylko narzucić swą wolę rycerstwu. Było to raczej reakcją na oczekiwania niektórych szlachciców, by ograniczyć społeczny przymus hucznego świętowania żałoby. W ustawie z 1735 roku było bowiem napisane, że według „powszechnego uznania” obowiązek noszenia

<sup>11</sup> Ibidem, s. 37–39.

<sup>12</sup> Stralsund dopiero po porażce Szwedów w III wojnie północnej stał się centrum administracyjnym, kiedy Szwecja musiała oddać Brandenburgii-Prusom m.in. Szczecin. Por. H. Branig: *Geschichte Pommerns*, cz. 2, *Od 1648 do końca XVIII wieku* (Publikacje Komisji Historycznej dla Pomorza), Köln–Weimar–Wien 2000.

<sup>13</sup> H. Backhaus: *Verfassung und Verwaltung Schwedisch-Pommerns*, w: *Unter der schwedischen Krone. Pommern nach dem Westfälischen Frieden*, red. I. Asmus, Greifswald 1998, s. 29–40.

stroju żałobnego powinien zostać zniesiony dla personelu domowego (*Domestiquen*)<sup>14</sup>. Prawdopodobnie większość rycerstwa nie była w stanie finansowo podołać konieczności jednoczesnego zapewnienia swojemu personelowi stosownego ubrania<sup>15</sup>. To co w wypadku posiadania wystarczającej ilości pieniędzy zwiększało prestiż społeczny żałobników, ponieważ mogli sobie dodatkowo pozwolić na zademonstrowanie służbie bólu po stracie bliskiej osoby, to przy braku funduszy stawało się dla nich brzemieniem. Bez odgórnych regulacji szlachta nie mogła jednak tak po prostu wybrać mniej kosztownego wariantu, jeśli nie chciała stracić prestiżu i honoru w oczach innych. Należało więc wydać wiążącą ustawę, która ograniczała żałobę. Tym samym ustawa żałobna odzwierciedlała także w pewnym stopniu potrzeby rycerstwa.

Poza tym przepisy dokładnie określały, jak długo można było nosić żałobę po poszczególnych członkach rodziny. Ogólnie rzecz biorąc, bliskich krewnych można było oplakiwać dłużej niż dalszych. Na przykład dzieciom wolno było nosić żałobę po rodzicach, dziadkach i teściach przez cały rok, podczas gdy po rodzeństwie, wujkach i ciociach jedynie przez trzy miesiące. Ponadto ustawa precyzyjnie wskazywała, jaki ubiór wolno było zakładać podczas żałoby, a jego koszt obliczano na podstawie stopnia pokrewieństwa.

Regulacje szczegółowo wskazywały, kto mógł nosić plerezy. Według ustaw z 1722 i 1735 roku było to zakazane nawet najbliższym członkom rodziny: „dzieci obchodzą żałobę po swoich rodzicach nie symbolicznie, ani za pomocą sukna z węzełkami, ani przez plerezy, ale pewnie gorszą ratyną i innymi odpowiednio czarnymi prześcieradłami”<sup>16</sup>. Z kolei w nowej wersji z 1751 roku, już we wstępie do tekstu ustawy, zwrócono uwagę na zmianę. Rząd królewski „ustąpił w kwestii noszenia plerez”<sup>17</sup>, ponieważ otrzymał wiele próśb w tej sprawie. Konkretnie zmiana ta oznaczała, że szlachcie wolno było zakładać plerezy jedynie w czasie głębokiej żałoby: „dzieci obchodzą żałobę po swoich rodzicach nie symbolicznie, ani za pomocą sukna z węzełkami, ale za pomocą plerez i gorszej ratyny oraz innych odpowiednio czarnych prześcieradeł”<sup>18</sup>, tak brzmiał decydujący paragraf.

<sup>14</sup> La G, Rep. 10, nr 256, fol. 54 r.

<sup>15</sup> III wojna północna (1700–1721), podczas której Pomorze Szwedzkie wiele wycierpiało, zakończyła się ledwie kilkanaście lat wcześniej. O przebiegu i skutkach wojny por. J. Krüger: *Wolgast in der Asche: Ausgewählte Quellen zur Lustration der Stadt in der Dänenzeit (1715–1721)*, Greifswald 2007.

<sup>16</sup> La G, Rep. 10, nr 256, fol. 54 v.

<sup>17</sup> Ibidem, fol. 56 r.

<sup>18</sup> Ibidem, fol. 56 v.

Rycerstwo znowu skutecznie wpłynęło na gubernatora generalnego. Jeśli jeszcze w 1735 roku pojawiło się kolejne ograniczenie, to już ustawa z 1751 roku zezwalała na noszenie nowego modnego elementu żałoby. Ten koronkowy skrawek u rękawa, którego wartość w stosunku do reszty ubioru była z pewnością marginalna, w żaden sposób nie zagrażał sytuacji finansowej rodziny szlacheckiej. Dzięki możliwości zakładania plerez wzrastał społeczny prestiż, dlatego w interesie szlachty leżało, by mogła ona nosić je w odróżnieniu od innych klas<sup>19</sup>.

Ustawy żałobne kończyły się apelem do poddanych ze szlachty, aby przestrzegali ich zapisów. W przypadku ich naruszenia groziła kary grzywny od 50 do 500 talarów Rzeszy (Rthlr.). Kwota ta była dotkliwą karą w stosunku do zarobków. Wprawdzie funkcjonariusze publiczni byli bardzo dobrze opłacani – jak np. gubernator generalny, którego wynagrodzenie wynosiło rocznie 6000 Rthlr.<sup>20</sup> Ale już urzędnik fiskalny przy Trybunale Szwedzkim w Wismarze zarabiał w latach 1750–1778 tylko 300 Rthlr. rocznie, podczas gdy zwykły pedel otrzymywał w tym samym okresie niespełna 80 Rthlr.<sup>21</sup>

W myśl ustawy osobą odpowiedzialną za egzekucję kary był tzw. *Advocatus fisci*, czyli urzędnik fiskalny sądu dworskiego na Pomorzu Szwedzkim, który to sąd miał siedzibę w Greifswaldzie. Urzędnik miał przyjmować skargi dotyczące państwowych i monarchicznych przywilejów i kierować czynnościami w tej sprawie. Prawo mianowania urzędników skarbowych przysługiwało królowi, a także zwierzchnikom, protonotariuszom i asesorom<sup>22</sup>.

Jeszcze w roku 1751 *Advocatus fisci* napisał do rządu szwedzkiego w Stralsundzie, że teraz wprawdzie rycerstwo jest uprawnione do zakładania plerez, jednakże, o ile mu wiadomo, żadna ustawa nie zabrania tego mieszczanom, dlatego pytał, czy może je nosić także mieszczaństwo<sup>23</sup>. Impulsem dla tego zapytania było pewne aktualne wydarzenie. Po śmierci króla szwedzkiego Fryderyka

---

<sup>19</sup> Ustawy o żałobie na Pomorzu Szwedzkim nie całkiem odpowiadają tezie Gerharda Oestreicha o dyscyplinowaniu społecznym. Jak twierdzi Lothar Schilling, społeczeństwo oczekiwało, że władza ureguluje te kwestie. Por. np. G. Oestreich: *Policey und Prudentia Civilis in der barocken Gesellschaft von Stadt und Staat*, w: idem: *Strukturprobleme in der Frühen Neuzeit*, Berlin 1980, s. 367–379; L. Schilling: *Normsetzung in der Krise. Zum Gesetzgebungsverständnis im Frankreich der Religionskriege*, Frankfurt am Main 2005, s. 417–445.

<sup>20</sup> Daniel A. Rabuzzi: *At Home in the Market: Stralsund Merchants and their Families, 1740–1830*, dysertacja, Baltimore 1996, s. 434.

<sup>21</sup> Nils Jörn (red.): *Servorum Dei Gaudium. Das ist Treuer Gottes Knechte Freuden=Lohn. Lebensbeschreibungen aus dem Umfeld des Wismarer Tribunals*, Greifswald 2003, s. 375.

<sup>22</sup> P. Gut: *Das Hofgericht in Greifswald...*, s. 170–171 (jak przyp. 4).

<sup>23</sup> Tego zapytania nie podpisano imieniem, ale tylko *Advocatus Fisci*. La G, Rep. 10, Nr. 256, fol. 58 r–59 v.

w roku 1751 ogłoszono żałobę narodową. Równała się ona głębokiej żałobie po bliskim krewnym i obowiązywała w równej mierze arystokrację i mieszczaństwo. Jako że ogłoszenie nowej ustawy żałobnej zbiegło się w czasie z żałobą narodową, można przypuszczać, że z powodu nowo obowiązującego prawa do sądu dworskiego zaczęły wpływać zażalenia szlachty. Prawdopodobnie szlachta zauważyła plerezy u mieszczan i uznała to za naruszenie ich przywileju. Urzędnik skarbowy sądu dworskiego był zmuszony zareagować, nie wiedział jednak, jakie prawo złamali mieszczanie.

Na ten temat dyskutowano na zgromadzeniu klas społecznych w tym samym roku i postanowiono, że rycerstwo i miasta powinny złożyć osobne oświadczenia. Wydaje się, że zachowało się tylko oświadczenie rycerstwa, którego argumentacja jest zrozumiała. Aż do ustawy z 1751 roku nikomu nie wolno było nosić plerez; później zezwolono na to tylko rycerstwu: „wiadomym jest, że wszędzie w całym Cesarstwie Niemieckim noszenie plerez przysługuje jedynie dystyngowanym oficjantom dworskim, przy dworach książęcych, a także szlachcie”<sup>24</sup>. Rycerstwo osadziło się w tradycji Świętego Cesarstwa Rzymskiego Narodu Niemieckiego, gdzie noszenie plerez, co wykażemy poniżej, stanowiło wybitnie szlachecką oznakę żałoby.

### Spór o plerezy na Pomorzu Szwedzkim

W źródłach z następnych trzech dekad nie znaleziono kolejnych śladów kłótni na ten temat, jednak w roku 1782 do szwedzkiego rządu w Stralsundzie ponownie wpłynęło zapytanie urzędnika skarbowego imieniem Bützow. Według listy subskrybentów dla „Wieści Pomorza Szwedzkiego” („Schwedischpommersche Staatskunde”) z roku 1786 istniał niejaki pan „B.E. Bützow”, który był urzędnikiem skarbowym przy królewskim sądzie dworskim<sup>25</sup>. Jeśli jest to ta sama osoba, to Bützow nie był szlachcicem. To by potwierdzało fakt, że urzędnicy skarbowi sądu dworskiego zazwyczaj nie mieli pochodzenia szlacheckiego. Zapytanie Bützowa miało zatem podłoże zawodowe i osobiste. Jako osoba o statusie mieszczańskim nie był on uprawniony do noszenia plerez podczas żałoby narodowej, mimo że nigdzie nie było to wyraźnie zabronione.

<sup>24</sup> Ibidem, fol. 60 r–60 v.

<sup>25</sup> T.H. Gadebusch: *Schwedischpommersche Staatskunde*, cz. 1, Greifswald 1786. Lista „Subskrybentów” znajduje się w porządku alfabetycznym na nienumerowanych stronach zaraz po wstępie.



To że w 1782 roku ponowiono zapytanie odnośnie do noszenia plerez, nie było dziełem przypadku. W tym właśnie roku zmarła wdowa po poprzednim królu szwedzkim Fryderyku Adolfie, Luiza Ulrika, dlatego ogłoszono żałobę narodową. Urzędnik skarbowy Bützow musiał zadać sobie pytanie, czy tylko szlachcie wolno nosić plerezy, i wysłał do rządu wspomnianą prośbę o wyjaśnienie tej kwestii. Wcześniej otrzymał jednak zarządzenie sądu dworskiego, aby na mieszczan, którzy przywdziewali ubiór żałobny nieodpowiedni do ich stanu, nakładać karę grzywny w wysokości 50 Rthlr. i ją egzekwować. To oznacza, że Bützow sprzeciwił się temu zarządzeniu. Jego argumentacja, usprawiedliwiająca nieposłuszeństwo, jest wyraźnie bardziej drobiazgowa niż w przypadku jego poprzedników z lat pięćdziesiątych XVIII wieku. Twierdził, że nie może zająć się tymi skargami, ponieważ „nie istnieją żadne przepisy prawne”<sup>26</sup>, które zabraniałyby mieszczanom zakładania plerez. Co więcej, według zarządzenia z 1751 roku także szlachta może używać tego symbolu żałoby tylko w przypadku śmierci członka rodziny. Król szwedzki nakazał powszechną żałobę narodową, nie precyzując, w jaki sposób można to robić, bo każdy sam powinien o tym zadecydować. „Zostało wprowadzone wraz z modą, że plerezy ułatwiają żałobę, więc urzędnicy królewscy nie powinni sądzić inaczej, bo dzięki nakładaniu plerez mogą iść z duchem mody bez obaw, że ktoś mógłby im czynić z tego powodu zarzuty, ponieważ pełnią służbę publiczną i w pewnym stopniu mają większy udział w żałobie niż inne osoby prywatne. Tak pokazują też przykłady z minionych lat, że osobom w służbie króla nie zabroniono plerez, tak samo jak nie zabroniono ich noszenia innym pracownikom. Przecież nawet w Sztokholmie, gdzie przebywa dwór królewski, dozwolone jest korzystanie z plerez, które z pewnością nie zostałyby zakazane, jeśli by to tylko było dozwolone dla jednej klasy”<sup>27</sup>.

Innymi słowy, Bützow twierdził, że właśnie urzędnikom króla wolno było nosić modne wówczas plerezy. Żałoba jest sprawą indywidualną, dlatego o sposobie oddania czci powinno decydować osobiste przywiązanie do osoby zmarłego, a nie przynależność do danej klasy. Inaczej niż rycerstwo, które powoływało się na tradycję Świętego Cesarstwa Rzymskiego, urzędnik podkreślał swoje przywiązanie do szwedzkiego dworu.

W epoce oświecenia plerezy pozostały zastrzeżone dla szlachty i wybranych bliskich dworowi urzędników jako modny wyróżnik żałoby na szczególne okazje.

<sup>26</sup> La G, Rep. 10, nr 256, fol. 63 r.

<sup>27</sup> Ibidem, fol. 63 v–64 r.



Można udowodnić, że zwłaszcza w drugiej połowie XVIII wieku strój żałobny stał się elementem mody. W pierwszym roczniku „Magazynu o Modzie” („Journal der Moden”) pojawiły się aż trzy artykuły na ten temat. Podkreślono w nich, jak ważne jest wyrażanie smutku za pomocą stosownego ubioru: „Ale piękne panie pamiętajcie, aby dobrze ubrać żałobę! A wy moi panowie, jaki znakomity przykład uczynicie przy następnej żałobie”<sup>28</sup>. Inny komentator używa jeszcze bardziej dobitnych słów: „Tu na dworze paryskim obchodzi się bardzo chętnie żałobę, ponieważ zwłaszcza teraz, kiedy jest ona tak bardzo ukształtowana podług gustu, odpowiada wielu paniom, które chcą się podobać, a dla mężczyzn i młodzieńców, którzy chętnie afektują bon ton, jest wygodna i ekonomiczna”<sup>29</sup>.

Takie aspekty jak gust, piękno i korzyści ekonomiczne wysunęły się na pierwszy plan zwłaszcza wśród parweniuszy<sup>30</sup>. Z artykułów nie wynika jednak, by złagodzone właściwą dla danej klasy etykietę. Należy raczej „samemu poznać własny rytuał żałobny”<sup>31</sup>, dlatego magazyny wyczerpująco opisują „właściwy” strój żałobny dla poszczególnych grup społecznych<sup>32</sup>.

Uwadze urzędnika skarbowego nie umknęła dzieląca społeczeństwo funkcja komunikacyjna plerez. Kiedy tylko ktoś przywdziewał ten symbol żałoby, przekazywał tym informacje o swoim statusie, z którym wiązał się duży prestiż społeczny. Nie istniały jednak racjonalne argumenty przemawiające za zakazem ich noszenia przez urzędników mieszczańskich, bo cena plerez była niska w porównaniu do reszty ubioru żałobnego. Urzędnik skarbowy nie straciłby majątku na tym dodatkowym zakupie. Rościł sobie prawo do tego symbolu dystynkcji z uwagi na pełnioną funkcję w systemie administracyjnym – uważał się za kogoś bliskiego dworowi – a nie z powodu swojego urodzenia, co odpowiadało rodzącej się oświeceniowej zasadzie uwzględniania zasług. Tym samym zakwestionował obowiązujący porządek społeczny związany z żałobą, który oparty był na przywilejach szlacheckich.

Rząd szwedzki w Stralsundzie nie próbował początkowo racjonalnie wyjaśnić zapisów ustawodawczych i zlecił *Advocatus fisci* jedynie wykonanie wyroku i wyegzekwowanie grzywny w wysokości 50 Rthlr. Po tym jak Bützow

<sup>28</sup> „Journal der Moden”, listopad 1786, s. 400.

<sup>29</sup> „Journal der Moden”, sierpień 1786, s. 272–273.

<sup>30</sup> *W Paryżu, każdy kto chce być częścią wytwornego świata uczestniczy w każdej żałobie na dworze*, „Journal der Moden”, czerwiec 1786, s. 225.

<sup>31</sup> *Ibidem*, s. 226.

<sup>32</sup> Pruska żałoba narodowa z 1786 r. jest szczegółowo opisana, m.in.: *ibidem*, s. 400–408.

sprzeciwił się rozkazowi i nie wykonał właściwie swojej pracy<sup>33</sup>, rząd wymierzył mu karę 50 Rthlr. Ten jednak wciąż uważał, że ma rację i wyraził swój sprzeciw w kolejnym piśmie skierowanym do rządu. Powtórzył w nim przytoczone powyżej argumenty i dodał, że w 1771 roku, przy okazji żałoby narodowej po Fryderyku Adolfie, także mieszczanie nosili plerezy i że nikomu to nie przeszkadzało. Ponadto wszyscy ludzie przeżywają żałobę tak samo i dlatego nie należy narzucać im różnic w ubiorze<sup>34</sup>.

Jako że wciąż nie doszło do wykonania polecenia, sprawę przekazano do sądu najwyższego w Wismarze na Pomorzu Szwedzkim. Niestety listów tych nie można było odnaleźć w archiwum miejskim w Wismarze. Z akt w Greifswaldzie wynika jednak, że sąd rozstrzygnął sprawę na niekorzyść urzędnika. Musiał on przeprosić za swoje niewłaściwe zachowanie i ukarać tych, którzy zabraniali noszenia plerez. Bützow najwyraźniej ugiął się przed tym wyrokiem, a jego przełożeni przyjęli przeprosiny, bo jeszcze w 1786 roku piastował swój urząd.

W konsekwencji opisanych wydarzeń na początku lipca 1784 roku rycerstwo i miasta poprosiły o to, by zakładanie plerez było dozwolone wyłącznie tym podmiotom. Bo rządowi „nie mogło chyba podczas ostatniej żałoby narodowej umknąć, jak bardzo nadużywano noszenia plerez i że ci, którym nie jest to dozwolone, chcą się widzieć to tego uprawnionymi”<sup>35</sup>.

16 lipca 1784 roku rząd szwedzki w Stralsundzie wydał stosowne prawo. Jednoznacznie w nim stwierdzono: „że tylko ci, którzy pochodzą ze szlachty i posiadają królewskie pełnomocnictwa lub sprawują wysoką funkcję są upoważnieni do używania plerez”. Z kolei wszyscy inni powinni się od tego „powstrzymać pod rygorem poniesienia kary skarbowej”<sup>36</sup>.

### **Ekskurs: kazus Stralsundu**

Racjonalna argumentacja Bützowa nie była w stanie naruszyć porządku klasowego. Próbowano jednak umocnić ten porządek także za pomocą miejskich

---

<sup>33</sup> Tak wynika z pisma dyrektora sądu dworskiego do szwedzkiego rządu. La G, Rep. 10, nr 256, fol. 78 r–81 v.

<sup>34</sup> Ibidem, fol. 66 r–76 v.

<sup>35</sup> Ibidem, fol. 112 r.

<sup>36</sup> *Sammlung gemeiner und besonderer Pommerscher und Rügischer Landes-Urkunden Gesetze, Privilegien, Verträge, Constitutionen und Nachrichten*, t. 2, red. J.C. Dähnert, Stralsund 1786, s. 394.

regulacji<sup>37</sup>. Również w Wismarze i Stralsundzie określony sposób przeżywania żałoby prowadził do sporów. W 1739 roku trybunał w Wismarze zasądził w ostatniej instancji od pewnej kobiety zapłatę grzywny 25 Rthlr. za bezprawne założenie pleretz<sup>38</sup>. W Stralsundzie z kolei doszło do kłótni dwóch gremiów miejskich<sup>39</sup>. Kolegium Stu i Rada Miasta przez dwa lata dyskutowały o sensowności i bezsensowności ustawy żałobnej<sup>40</sup>.

Reprezentujące interesy obywateli Kolegium Stu zwróciło się w 1790 roku do Rady, aby ta całkiem zniosła miejską ustawę żałobną. Krytykowało ono zwłaszcza odgórne regulowanie sposobu noszenia czarnego stroju żałobnego, nazywając je nic nieznaczącym pustym zwyczajem, który znacznie obciąża finansowo niektóre rodziny. Do tego, jak argumentowano, wiele pieniędzy odpływa za granicę, gdzie trzeba było nabywać określone materiały<sup>41</sup>.

Rada poszła na ustępstwa kolegium o tyle, że w ustawie żałobnej z 1792 roku ustalono, jak bardzo hucznie rodzina zmarłego może obchodzić po nim żałobę. Żałobnikom pozostawiono jednak wyraźnie wolną rękę co do tego, czy będą oni dokładnie przestrzegać tych przepisów, czy też obchodzić żałobę przy mniejszym nakładzie kosztów. Ponadto nie dokonano rozróżnienia między odrębnymi grupami obywateli w kwestii ubioru. Jedynie wysokość kar była uzależniona od pozycji klasowej. Podczas gdy pierwsza klasa w przypadku wykroczenia płaciła 25 Rthlr. kary, to grzywna dla klasy drugiej wynosiła 15, a dla trzeciej – 10 Rthlr. Miejskie regulacje pomijały sprawę żałoby narodowej, gdyż tę regulowała nadrzędna władza<sup>42</sup>.

Jak pokazuje niniejszy ekskurs, ograniczenia w kwestii stroju żałobnego w Stralsundzie także pod koniec XVIII wieku pozostały ważnym tematem, który wymagał oficjalnego rozporządzenia. W innych obszarach społecznych

---

<sup>37</sup> Por. nt. Hamburga: G. Jaacks: „Eitler Pomp“ oder „Hamburger Anstand“? Zu Kleidungs-sitten im hamburgischen Toten- und Trauerbrauchtum des 17. und 18. Jahrhunderts, „Beiträge zur Deutschen Volks- und Altertumskunde“ 1985, nr 24, s. 19–30.

<sup>38</sup> Archiwum miejskie w Wismarze, akta procesowe trybunału, nr 3209.

<sup>39</sup> Ani w miejskim regulaminie (1729 r.) dotyczącym ubioru w mieście Stralsund, ani w ustawie o żałobie z 1792 r. nie ma żadnej bezpośredniej wzmianki o pleretzach.

<sup>40</sup> W kwestii konstytucji, administracji i struktury politycznej w Stralsundzie por. S. Kroll: *Stadtgesellschaft und Krieg. Sozialstruktur, Bevölkerung und Wirtschaft in Stralsund und Stadt 1700–1715* (Göttinger Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, t. 18), Göttingen 1997, s. 120–131.

<sup>41</sup> Archiwum miejskie w Stralsundzie, Rep. 18, nr 123.

<sup>42</sup> Rozporządzenia z: *Sammlung gemeiner und besonderer Pommerscher und Rügischer Landes-Urkunden, Gesetze, Privilegien, Verträge, Constitutionen und Nachrichten*, red. J.C. Dähner, kontynuacja G. von Klinckowström, t. 3, Stralsund 1799, s. 75–77.

rozporządzenia zdezaktualizowały się jako relikty przeszłości<sup>43</sup>, jednak właśnie w sprawie żaloby wciąż istniała potrzeba dokonania regulacji.

### Plerezy poza Pomorzem Szwedzkim

Nie tylko na Pomorzu Szwedzkim, ale też w innych częściach cesarstwa doszło do uregulowania sprawy stroju żałobnego, a niekiedy do ostrych konfrontacji na tym tle. W Księstwie Meklemburgii, jak podaje historyk Michael Busch, zainteresowanie wzbudził podobny konflikt. Tam mianowicie po śmierci księcia Fryderyka (1785 r.) zastosowanie znalazło rozporządzenie z 1750 roku, które wprowadzało rozróżnienie między radą szlachty wyższej a niższej. Tylko tej pierwszej wolno było nosić plerezę. Wydaje się, że było to szczególną ujmą na honorze asesora sądu krajowego i dworskiego, ponieważ sporządził on pismo zaadresowane do księcia, w którym krytykował faworyzowanie wyższej szlachty. Książę Fryderyk Franciszek w odpowiedzi wezwał niezdyscyplinowanego urzędnika do złożenia przeprosin.

Spór zyskał nowy wymiar, gdy zarówno wniosek urzędnika, jak i odpowiedź księcia zostały opublikowane w wydawanym przez A.L. von Schlözera piśmie „Staatsanzeigen”, jednym z najbardziej znaczących periodyków politycznych późnego oświecenia. W ten sposób urzędnik zyskał rozgłos, także poza granicami księstwa, czego skutkiem był wieloletni konflikt, którego przedmiotem ostatecznie nie było już odpowiednie przeżywanie żaloby narodowej, ale raczej przywileje szlachty wyższej<sup>44</sup>.

W Prusach, w kręgach bliskich dworowi, istniało w sprawie plerez jasne rozgraniczenie między szlachtą a nieszlachtą, jak przewidywał regulamin dotyczący żaloby po zmarłym w 1786 roku Fryderyku II Wielkim. Regulamin ten stwierdzał: „ministrowie krajowi i wszystkie osoby pochodzące ze szlachty noszą czarny ubiór ze zwykłego sukna z trzema guzikami, z plerezami przy rękawach”. I dalej: „wszyscy ci, którzy pozostają w służbie królewskiego majestatu,

---

<sup>43</sup> W zbiorze dokumentów (1799 r.) znajduje się opisane w skrócie rozporządzenie dotyczące wesel, chrztów dzieci i pogrzebów z 1729 r. Redaktor poczynił tu jednak następującą uwagę: „Nawet jeśli cały ten regulamin właściwie nie jest już przestrzegany”, ibidem, s. 60.

<sup>44</sup> Wyczerpująco o tym sporze por. M. Busch: *Die Distinktion der Pleureusen. Auseinandersetzungen um adlige Vorrechte im Mecklenburg der Aufklärung*, w: *Adel in Mecklenburg* (Wissenschaftliche Beiträge der Stiftung Mecklenburg, t. 3), red. W. Karge, Rostock 2013, s. 106–132.

a nie pochodzą ze szlachty, ubierają się wprawdzie podobnie na czarno, ale nie noszą plerez<sup>45</sup>.

### Uwagi końcowe

Pozornie drugorzędny szczegół wyrażający żałobę wywołał wrzawę na Pomorzu Szwedzkim. Ale w okresie, w którym wciąż domagano się ustaw żałobnych i je wydawano, tzw. plerezy były czymś więcej niż tylko kawałkiem materiału przy rękawach. Były raczej cenioną oznaką dystynkcji, która informowała otoczenie, że osoba je nosząca miała pochodzenie szlacheckie lub przynajmniej należała do kręgów bliskich królewskiemu dworowi.

Dla szlachty pomorskiej i gubernatora generalnego plerezy stanowiły idealny symbol dostojności, jako że w porównaniu z pozostałymi elementami ubioru były stosunkowo niedrogim dodatkiem. Regulamin spełnił tym samym swoje zadanie ograniczania nadmiernych wydatków szlachty, a jednocześnie zagwarantował jej szczególne względy w czasie żałoby. Plerezy były ponadto modne na wielu dworach, na przykład w Paryżu, a także w innych częściach Świętego Cesarstwa Rzymskiego. Świadczyły o dobrym guście i wyczuciu mody. Interesujące jest to, że ustawy żałobne okazały się wyjątkowo trwałe w porównaniu z pozostałymi restrykcyjnymi ustawami o wydatkach. Podczas gdy np. tradycyjne regulacje dotyczące wesel, chrzcin i ubioru uchodziły już za przestarzałe, to odgórnym przepisom żałobnym wciąż przypisywano priorytetowe znaczenie.

Ustawy żałobne na Pomorzu Szwedzkim, które określały, jak ma wyglądać należyte odzienie żałobne szlachty, nie precyzowały tych reguł w odniesieniu do innych grup. Tak było w wielu miejscach, z wyjątkiem na przykład Prus, gdzie przepisy jasno stanowiły, którym urzędnikom w służbie króla wolno nosić plerezy podczas żałoby narodowej, a którym nie. W ustawodawstwie szwedzko-pomorskim sprawa ta pozostała kwestią interpretacji. Urzędnik skarbowy Bützow, którego zadaniem było karanie tych, którzy przeżywali żałobę w sposób niewłaściwy dla ich klasy, wykorzystał tę swobodę interpretacji, przedstawiając racjonalne argumenty przemawiające za objęciem tym przywilejem wszystkich urzędników. Nie było więc jego celem całkowite zniesienie tego obostrzenia, lecz rozszerzenie przywileju na jego własną grupę. Jako urzędnik niewywodzący się

---

<sup>45</sup> *Sammlung Preussischer Gesetze und Verordnungen*, t. 4, red. C.L.H. Rabe, Halle–Berlin 1817, s. 291–293.

ze szlachty w służbie szwedzkiego rządu miał na względzie przede wszystkim swoją własną korzyść.

Zachowanie Bützowa było typowe dla „warstw wykształconych”, które chciały uzasadnić porządek społeczny za pomocą rozsądnych argumentów. Jednocześnie jednak nie zależało im na radykalnych zmianach, ale raczej na przekształceniu społeczeństwa klasowego dla własnego pożytku. Chcieli także móc korzystać z przywilejów. Fakt, że Bützowowi nie przyznano racji, a wręcz musiał przeproszać za swoje zachowanie dowodzi, jak stabilny był jeszcze pod koniec XVIII wieku tradycyjny porządek klasowy na Pomorzu Szwedzkim.

### **A MOURNING DRESS AS A CONTROVERSIAL STATUS SYMBOL IN THE SWEDISH POMERANIA. THE EXAMPLE OF LACY CUFFS IN THE 18<sup>th</sup> CENTURY**

#### **Summary**

The article concerns a case study in the times of Enlightenment. In that time the traditional class system has been questioned. The aim of the article was the description of a polemic between Bützow, a court clerk from Greifswald and the Swedish government in Stralsund in 1782 and its historical context. The dispute concerned the question, whether during the national mourning the clerks might put on the relatively cheap lacy cuffs at mourners' sleeves. The main source for the analysis were files with the number 252 from the state archives in Greifswald.

In the Swedish Pomerania, similar to many other places in Europe, and also on the empire's territory the lacy cuffs were an attribute of nobility and of chosen court officials. The general governor of the Swedish Pomerania guaranteed in 1751 with an issued law the nobility the right to put them on as a symbol of mourning without specification, if the officials also be entitled to wear them. He created therefore an interpretation gap which Bützow tried to use for his aims. The fact that Bützow did not succeed and even had to apologize for his behaviour proves the stability of the traditional class system in the Swedish Pomerania at the end of the 18<sup>th</sup> century.

*Translated by Piotr Sulikowski*

**Keywords:** mourning law, national mourning, Swedish Pomerania, Enlightenment, lacy cuffs, distinction mark, class society